



Per E-Mail

An die
akkreditierten Medien

Zug, 20. Januar 2021 ek

INFOS DES REGIERUNGSRATS

Medienmitteilungen und Vernehmlassungen

Alle Medienmitteilungen und Vernehmlassungen des Kantons Zug sind aufgeschaltet unter:

Medienmitteilungen: www.zg.ch/medienmitteilungen

Vernehmlassungen: www.zg.ch/vernehmlassungen

Weitere Meldungen

Regierungsrat befürwortet die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist der Referenzrahmen, den sich die Staatengemeinschaft gesetzt hat, um die grossen Herausforderungen dieser Welt anzugehen. Mit der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 zeigt der Bundesrat auf, wie er diese Agenda in den nächsten zehn Jahren umsetzen will. Die Strategie enthält drei Schwerpunktthemen: «nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion», «Klima, Energie, Biodiversität» und «Chancengleichheit». Der vorliegende Entwurf enthält noch keine Indikatoren; diese werden nach erfolgter Vernehmlassung definiert.

Regierungsrat begrüsst grundsätzlich die Änderung des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente

Die Einführung eines Gebrauchtmusters wird vom Regierungsrat ausdrücklich unterstützt. Er beantragt jedoch, dass vor der definitiven Einführung eines sogenannten Schweizer «Voll-Patents» eine Kosten-/Nutzen-Analyse im Vergleich zum Europäischen Patent, welches von Schweizer Erfinderinnen und Erfinder bzw. von Schweizer Firmen sehr oft beantragt wird, durchgeführt wird.

Regierungsrat begrüsst Änderungen des Militärgesetzes und der Armeeorganisation

Im Rahmen der «Weiterentwicklung der Armee (WEA)» ändert der Bund die Rechtsgrundlagen. Der Regierungsrat ist mit den Vorschlägen einverstanden, stellt aber noch zusätzliche Anträge. Aus seiner Sicht müssten alle dienstpflchtigen Armeeangehörigen mit ungenügender Schiessleistung, und nicht nur die ausbildungspflichtigen, einen Schiess-Kurs absolvieren. Die Militärdienstpflichtigen sollten ihre Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Militärverwaltung bekanntgeben, was die schwerfällige Kommunikation per Briefpost vereinfachen würde. Die Gesetzesrevision bietet zudem die Gelegenheit, die veraltete und überflüssige Bezeichnung «Kreiskommandant/in» für leitende oder administrative Funktionen der kantonalen Militärverwaltungen zu ersetzen.